

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Wilsdruff 2 Mk., bei Zustellung durch die Post 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk., jährlich 30 Mk. Wilsdruff, im Oktober, bei Zustellung durch die Post 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk., jährlich 30 Mk.

Angestrichelt: Die Spezialpreisliste 20 Wilsdruffer, die 4. Ausgabe der amtlichen Bekanntmachungen 40 Wilsdruffer, die 3. Ausgabe der amtlichen Bekanntmachungen 40 Wilsdruffer. Nachbestellungen sind nach Möglichkeit anzunehmen bis zum 10. Uhr durch Generaldirektor des Reichsdruckerwesens wie keine Garantie. Jeder Nachbestellung ist die Wichtigkeit der Sache eingetragene Wert und der Aufsichtgeber in Kenntnis gesetzt. Angestrichelt sind alle Vermittlungsbüroen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 255. — 85. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach Dresden 2640 Sonnabend, den 30. Oktober 1926

„Die neue Zeit“.

Während in Deutschland Fememordprozesse verhandelt werden, konnten die lieben Franzosen über den Freispruch einer gekündigten Mörderin jubeln, die trotz ihrer erst achtzehn Jahre zwei Menschenleben auf dem Gewissen hat. Ein Dienstmädchen war eine Ehe eingegangen, die wieder getrennt wurde, als Beziehungen zu ihrem früheren Dienstherrn offenbar wurden. Kurz entschlossen kaufte sie sich einen Revolver, begab sich in das Haus ihres ehemaligen Dienstherrn, den sie gerade mit seiner Familie am Tisch sitzend antraf, feuerte acht Schüsse auf den Hausherrn ab, der auf der Stelle getötet wurde, und verletzte einen seiner Söhne so schwer, daß er am nächsten Tage seinem Vater in den Tod folgte, während die Frau des Hauses und ein Mädchen schwer verletzt wurden. Große Szene vor den Geschworenen, die es ablehnten, eine Verurteilung auszusprechen. Man hat sich früher über solche Freisprüche aufgeregt, nicht bloß in Frankreich, wo sie sozusagen Heimatrecht erlangt haben, hat sie zum Mittelpunkt von Theaterstücken gemacht, und auch in anderen Ländern ist es vereinzelt zu ähnlichen Gerichtsurteilen gekommen.

Bei uns in Deutschland wird ein derartiger Prozeßausgang doch wohl auch heute noch als unmöglich bezeichnet. Auch hier wird selbstverständlich jede Tat nach ihren besonderen Umständen auf das sorgfältigste geprüft, zuweilen vielleicht sogar in übergründlichen Verhandlungsbemühungen, und jeder nur einigermaßen geschulte Richter sucht den Seelenzustand des Angeklagten zur Zeit der Begehung der Tat wie seine innersten Beweggründe, seine geistlichen Vorstellungen und Antriebe auf das gewissenhafteste festzustellen, um nur so eine nach allen Seiten hin gerechte Verurteilung zu ermöglichen. Aber an die bestehenden Gesetze hält er sich doch unter allen Umständen gebunden, und einen Freispruch glaubt er in einem Falle wie diesen nur dann verantworten zu können, wenn die Tat unabweisbar in einer Geistesverfassung begangen ist, die jede persönliche Schuld ausschließt. Die Rechtsprechung des deutschen Volksstaates braucht in dieser Beziehung gegenüber den Überlieferungen des früheren Staates keine neuen Wege einzuschlagen und auch die umfangreichere Heranziehung von Laien zum Richteramt hat hier keinerlei neue Ergebnisse gezeitigt. Im Gegenteil, die Laienrichter unserer Gerichte zeigen sich, wie es auch die Geschworenen alten Schlages immer getan haben, überaus empfindlich in der Beurteilung von Verbrechen gegen das Leben; sie können das auch um so eher tun, als wir auf anderen Wegen, durch Einführung der bedingten Verurteilung und namentlich der Bewährungsfrist in dazu geeigneten Fällen, Vorsorge getroffen haben, daß die Folgen der an sich notwendigen Verurteilung immer noch abgemildert werden können.

Um so nachdrücklicher will das deutsche Volk vor der Welt bekunden, daß es im übrigen in dem brausend dahinstürmenden Strom der Zeit durchaus nicht zurückzubleiben gedenkt. Möglich, aber Nacht kann man sagen, ist in der Reichshauptstadt der Gedanke einer Weltausstellung ausgetauscht und schon sind Ausschüsse eingesetzt, Millionenbewilligungen angeregt, erste grundsätzliche Beschlüsse gefaßt, um das große Werk vorzubereiten, dem man neben vielen anderen Wirkungen natürlich auch eine völlerverbindende Bedeutung abzugewinnen hofft. Schon ist sogar der Name gefunden für das gewaltige Unternehmen. Man will es „Die neue Zeit“ taufen oder hat es bereits so getauft, unbekümmert darum, daß sich von diesen drei Worten eine gleich schlaakräftige und glückliche Abkürzung, wie die Düsseldorfser sie mit ihrer „Gefolei“ gefunden haben, ganz bestimmt nicht herleiten läßt. Schon ist allerdings auch der Wettlauf unter den großen Städten im Gange, der nicht auszubleiben pflegt, sooft es gilt, mit ausschweifenden Plänen die Aufmerksamkeit der Nationen auf sich zu lenken. Im kleineren Maßstabe haben wir das gleiche Schauspiel ja erst diesen Sommer erlebt, als die Platzwahl für ein deutsches Ehrenmal auf der Tagesordnung stand.

Aber gleichviel, wo nun „Die neue Zeit“ ihre Zelte in Deutschland aufschlagen wird, daß dieser Gedanke in deutschen Köpfen entstehen konnte und, kaum ausgesprochen, schon mit entschlossener Tatkraft auch in Angriff genommen wird, darf uns als neuer zwingender Beweis für den unerschütterlichen Willen zum Leben, zum Wiederaufstieg, zur Geltung in der Welt mit froher Genugtuung erfüllen. Dr. Sv.

Weitere Hilfe für die Erwerbslosen.

Die Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge.

Besprechungen mit der Reichsregierung. Das Reichskabinett hat sich wiederholt in den letzten Tagen mit der Frage der Erwerbslosenfürsorge befaßt. Den Beratungen lagen hauptsächlich die Vorschläge zugrunde, die von den Vertretern der Regierungsparteien dem Reichstanzler und den zuständigen Ressortministern über eine baldige Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge um über eine Verlängerung der Unterstützungsdauer unterbreitet wurden.

Wie bekannt wird, fordert das Zentrum eine Erhöhung der Sätze für die Ledigen um 20 % und eine Erhöhung der Gesamtunterstützung um 10 %, die besonders den kinderreichen Familien zugute kommen soll. Die Demokraten, die dieser Regelung zustimmen, wünschen ferner die Verlängerung der Unterstützungsdauer für alle Erwerbslosen bis zum 31. März 1927. Dem Zentrum wird weiter beantragt, daß die Unterstützung der Ausgewählten weiter den Gemeinden überlassen werden, das Reich aber verpflichtet werden soll, mindestens 80 % dieser Aufwendungen zu ersetzen. Die Volkspartei wies allerdings darauf hin, daß bei einer starken Erhöhung der unteren Sätze die in der letzten Regierungsdienstreise bereits festgestellte Gefahr einer Überscheidung von Unlöhnen und Unterstützungen vergrößert und daß vor allem auch die Basis, auf der die künftige Arbeitslosenversicherung mit ihrem Lohnklassensystem aufgebaut werden soll, bedenklich in die Höhe getrieben wird. Gerade mit Rücksicht auf die künftige Entwicklung vertritt die Volkspartei die schon früher als „Zwischenlösung“ vorgeschlagene Lohnklasseneinteilung. Auch von den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten, mit deren Führern Reichstanzler Marx ebenfalls Besprechungen hatte, sind zu der Frage der Erwerbslosenfürsorge Vorschläge gemacht worden. So wird von deutschnationaler Seite die Einführung von Lohnklassen gewünscht, während die Sozialdemokraten eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungssätze um 50 % verlangen und Forderungen nach Ausbau der Wochenhilfe und der Unterstützung für jugendliche Erwerbslose stellen.

Die Reichsregierung ist, wie gemeldet wird, grundsätzlich bereit, einer Erhöhung der Unterstützungssätze und einer Verlängerung der Unterstützungszeit zuzustimmen. Die maßgebenden Ressorts sind beauftragt, die ein-

zelnen Vorschläge, die vom Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages zu dieser Frage ausgearbeitet worden sind, nachzuprüfen und eine entsprechende Gesetzesvorlage auszuarbeiten. Diese Gesetzesvorlage der Reichsregierung soll dann die Grundlage für die weiteren Besprechungen bieten.

Wie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund mitteilt, haben der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter, Angestellter- und Beamtenverbände und der Allgemeine Freie Angestelltenbund nach einer Besprechung eine Entschließung angenommen, in der eine gesetzliche Festlegung des Achtstundentages gefordert wird, um der gegenwärtigen Not zu steuern. In der Entschließung wird vor allem gegen das herrschende Überstundenwesen Protest gemacht, das sich mit der völligen Arbeitslosigkeit vor Millionen nicht vertrage.

Die österreichische Anschlussfrage der Stein des Anstoßes.

Eigener Fernsprechkorrespondent des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 29. Oktober. Die nationalistische Liberte sieht die Hauptbedeutung einer zweifelhafte Entwicklung der deutsch-französischen Annäherungspolitik in der Schwierigkeit der österreichischen Anschlussfrage und meint, daß es nicht darauf ankomme, welche deutsche Gegenleistung Frankreich erhalten könnte, das Rheinland früher zu räumen, sondern daß in erster Linie die Rückwirkung einer derzeitigen Klärung auf die mit Frankreich befreundeten Länder berücksichtigt werden müsse. So würde man derzeit am Quai d'Orsay, wo man die Notwendigkeit einer Aussprache mit dem italienischen Diktator empfindet, festhalten könne, daß Mussolini brennend sei über das deutsch-französischen Anschlussprogramm. Wenn die Franzosen aus Mainz abwogen, so werde Frankreich keinerlei Mittel mehr besitzen, um den Anschluß Österreichs an Deutschland zu verhindern. Frankreich habe also die Unzufriedenheit Italiens herausgefordert, das sich darüber bellegen würde, übergangen worden zu sein. Wenn aber Frankreich andererseits von der Klärung des Rheinlandes von Deutschland eine Garantie gegen den Anschluß verlangte, so würde diese Garantie eine trügerische sein, denn der Anschluß näherte sich seiner Verwirklichung auf unsichtbare Weise fortwährend. Die österreichische Anschlussfrage bleibe ein Stein des Anstoßes der gegenwärtigen politischen Lage.

reichte Wegeneinstimmung für die Klärung des Rheinlandes zu finden.

Bekanntlich ist Frankreich daran gelegen, auch für seinen Verbündeten Polen eine Garantierung der Grenzen von Deutschland zu erhalten. Darauf spielen wohl die Ausführungen des „Matin“ an. In der nächsten Woche wird eine weitere Unterredung zwischen Doehs und Briand stattfinden.

Eine Verteidigung Dr. Strefemanns.

Die sozialistische Thoirykonferenz.

In einer Dresdener Wahlversammlung hat der noch immer kranke Reichsaussenminister erklären lassen, daß die Gerüchte falsch seien, nach denen die in Thoiry erörterten Probleme unausführbar und undurchführbar seien. Diese Auffassung widerspreche den ihm zugänglichen Nachrichten, die auf eine gewisse Authentizität Anspruch hätten. Die deutsche Außenpolitik kann nur dem nationalen Aufbau Deutschlands dienen. Die Methode, um hierin zu kommen, ist diejenige internationaler Verständigung.


Nach einer Meldung der „Times“ hat die britische Arbeiterpartei die Einladung der deutschen Sozialdemokratischen Partei zu einer Zusammenkunft zwischen Vertretern der sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Belgiens zwecks Erörterung der Frage, wie eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich, wie sie von Briand und Strefemann in Thoiry erwogen wurde, am besten gefördert werden könne, angenommen. Die Zusammenkunft wird in Luxemburg Anfang nächsten Monats stattfinden, der Zeitpunkt ist jedoch noch nicht festgelegt worden.

Das Problem Thoiry.

Neue Zusammenkunft Doehs-Briand.

Der deutsche Botschafter in Paris, Herr von Doehs, hatte erneut mit dem französischen Außenminister Briand eine Unterredung, die etwa 1½ Stunden dauerte. Nach einer offiziellen Mitteilung wurde bei der Begegnung das gesamte Problem der deutsch-französischen Verständigung, wie es sich bei der Unterredung von Thoiry dargestellt hatte, durchgesprochen. Es wurde dabei auch der Schwierigkeiten, die die Lösung derartiger großer Probleme mit sich bringt, gedacht und zugleich die Möglichkeiten der Verwirklichung und die Methoden, zu einer solchen Verwirklichung zu gelangen, erörtert.

Der deutsche Vorschlag geht, wie es heißt, nach wie vor auf die Mobilisierung der Dawes-Obligationen hinaus. Frankreich scheint indessen, wenn man den Ausführungen des sonst gut unterrichteten „Matin“ glauben darf, an der Verwirklichung dieses deutschen Vorschlages nicht zu liegen. Das Blatt fordert denn auch, daß Deutschland und Frankreich andere Verständigungsgrundlagen suchen. Der „Matin“ richtet gleichzeitig an die Adresse Deutschlands die Bitte, daß die Anerbieten, die es Frankreich machen wird, nicht nur den Erwartungen Frankreichs entsprechen, sondern auch dessen Wünsche von dem aufrichtigen Entschluß Deutschlands überzeugen können, an der Herstellung eines endgültigen europäischen Friedens mitzuarbeiten. Das Blatt stellt im Gegensatz zu anderen Pariser Pressemeldungen fest, daß die für den guten Fortgang der Besprechungen notwendige Atmosphäre jetzt vorhanden ist, und hofft, daß Deutschland nicht verfehlen wird, Frankreich zu helfen, eine ge-

Deutsche Frauen, Deutsche Männer Wählt nur Deutschnational  Liste 2